

109. Sitzung des Niedersächsischen Landtags  
29. Juni 2011

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

**Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema "Der Energiekonsens und die Bedeutung für Niedersachsen" - Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 16/3787**

---

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr McAllister, mir ist immer noch unklar, warum diese Regierungserklärung heute sein musste und warum Sie nicht im Laufe der verschiedenen Tagesordnungspunkte, die wir noch haben werden, hätten Stellung nehmen können.

(Zurufe von der CDU: Haben Sie das immer noch nicht begriffen? Haben Sie nicht ausgeschlafen, Frau Flauger?)

Ich halte das für eine überflüssige Aktion und für ein Ablenkungsmanöver. Der Neuigkeitswert war jedenfalls gleich null.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Das, was sich jetzt Energiekonsens nennt, ist eines definitiv nicht, nämlich ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der Atomenergie. Das Ganze fällt noch hinter den sogenannten Konsens von Rot-Grün zurück. Das will ich am Beispiel Grohnde ganz konkret sagen: Grohnde soll jetzt 2022 statt 2019 vom Netz. Da verstehe ich die Grünen und die SPD nicht, warum sie jetzt nach Fukushima später aussteigen wollen, als sie es vor Fukushima wollten. Das können Sie niemandem erklären, Herr Tanke, Herr Wenzel. Die Quittung von den entsprechenden Bürgerinitiativen und Organisationen haben Sie in den Stellungnahmen bereits erhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt natürlich eine Erklärung. Der Ministerpräsident in Baden-Württemberg, Herr Kretschmann von den Grünen, hat ja schon gesagt, mit diesem Konsens ist ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zu einer schwarz-grünen Bundesregierung beseitigt.

Die Linke hat ausdrücklich keinen Konsens mit diesem Konsens. In Gemeinsamkeit mit Initiativen und Bewegungen sind wir der Meinung, dass ein Ausstieg erst 2022, also in elf Jahren das letzte AKW abzuschalten, angesichts dieser Hochrisikotechnologie überhaupt nicht reicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben deshalb ein seriöses Konzept vorgelegt, mit dem wir 2014 das letzte AKW in Deutschland abschalten wollen. Herr McAllister, Sie haben von Ihrem Mut gesprochen, vom Mut der Bundesregierung. Wir hätten Ihnen mehr Mut gewünscht. Die Linke ist da eindeutig mutiger, als Sie es sind: Wir haben konkrete Alternativen vorgelegt.

(Beifall bei der LINKEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Ein Himmelfahrtskommando ist das! - Ministerpräsident David McAllister: Sagen Sie das mal den Grünen)

Und dann sagen Sie, Sie haben die Risiken neu bewertet. Sie haben im Vergleich zu bisher die Risiken offensichtlich nicht anders oder neu bewertet. Wie Blüm einst gesagt hat, die Rente ist sicher, sagt Ihre Atomaufsicht, unsere AKW sind sicher, und wir können sie auch noch elf Jahre weiter betreiben. Sie sind eben nicht sicher. Das sehen wir an den problematischen Sumpfsieben, siehe Forsmark. Wir sehen das am Erdbebenrisiko, am Hochwasserrisiko, um das Sie sich nicht kümmern. Wir sehen die gefährlich instabile Aufhängung von Leitungen in Atomkraftwerken. Das alles bleibt auch mit Ihrem sogenannten Konsens so. Konsequenz geht anders.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Thema Atommülltransporte trifft Niedersachsen ganz besonders. Aktuell kommen die Castoren aus La Hague. Mindestens drei weitere Transporte aus Sellafield werden folgen. Wenn Gorleben, das völlig untaugliche Gorleben, Endlager sein soll, dann werden wir 40 Jahre lang vier Castortransporte im Jahr à 11 Behälter haben. Das verschweigen Sie, wenn Sie sagen, unter Einbeziehung von Gorleben soll weiter erkundet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie können sicher sein, dass die Proteste gegen diese Transporte weitergehen werden, und Sie können auch sicher sein, dass die Linke dabei ist, wenn die Anti-AKW-Bewegung und die Initiativen gegen diesen Wahnsinn aufstehen.

(Beifall bei der LINKEN - Jens Nacke [CDU]: Da bin ich ganz sicher! - Zurufe von der CDU: Das glaube ich Ihnen glatt!)

Was der ganzen Beschlusslage dieses hellrot-grün-schwarz-gelben Konsensgruppenpapiers fehlt, ist ein Gesamtkonzept. Stattdessen sind es faule Kompromisse, halbherzige Versuche, die große Mehrheit des Volkswillens zu bedienen.

Zu einer Gesamtenergiewende gehört auch ein Gesamtkonzept, und dazu gehören grundsätzliche Strategien, die deutschlandweit abgestimmt werden müssen, mit einer fairen Verteilung der Risiken über Deutschland, aber auch mit einer fairen Verteilung der Chancen neuer Energieerzeugungsstrukturen. Das erfordert wiederum, dass Sie politisch tätig werden und nicht nur reden. Das erfordert eine grundsätzliche Strukturentscheidung. Energie muss dezentral statt zentral erzeugt werden, und das braucht eben Ihr Eingreifen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie das nicht tun, werden wir das zu einem späteren Zeitpunkt tun.

Die Macht der großen vier Energiekonzerne muss auf kommunale Strukturen übertragen werden. Das wäre transparent, das wäre bürgerfreundlich, das würde Verbrauchern mehr Einfluss geben. Aber Sie wollen das Energieoligopol gar nicht aufbrechen. Es bleibt also das Risiko, dass die großen Vier - ähnlich wie bei den Laufzeitverlängerungen - auch weiter Politik bestimmen.

Eines ist doch klar: Je mehr Energie dezentral erzeugt wird, verbraucht wird und gespeichert wird, desto mehr regionale Wertschöpfung und Existenzsicherung werden ermöglicht, desto eher wird eine sozialverträgliche Energiewende ohne massive Preiserhöhungen möglich, weil keine überzogenen Profiterwartungen von Großkonzernen mehr befriedigt werden müssen.

Was wir brauchen, ist schließlich eine sozial gerechte Energiewende und kein Profitsicherungsprogramm für E.ON, RWE & Co.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen den grundsätzlichen Wandel der Energiestrukturen. Ich will das am Beispiel der Windenergie weiter ausführen. Hier muss es einen klaren Vorrang für Onshoreanlagen geben. Das ist schnell umsetzbar, halb so teuer wie Offshore und lässt sich auch fair über Deutschland verteilen. Bayern, Baden-Württemberg und Hessen haben da noch erhebliches Potenzial, um nicht zu sagen, auch erheblichen Nachholbedarf.

Sie sollten einmal zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren, was das Fraunhofer-Institut errechnet hat: Wenn alle Länder 1 bis 2 % der Fläche für Windenergie in Deutschland zur Verfügung stellen, dann lassen sich damit 200 Gigawatt Strom erzeugen. Das ist die Jahrhundertchance, Herr McAllister, wenn Sie berücksichtigen, dass mit Offshore lediglich 25 Gigawatt möglich sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Verteilte Onshoreanlagen haben auch den Vorteil, dass kommunales oder genossenschaftliches Eigentum gut realisierbar ist - anders, als es bei den riesigen Offshoreanlagen möglich ist, die wieder in der Hand der großen Vier liegen werden.

Wir brauchen Energiekonzepte mit Effizienz und Intelligenz. Das heißt, wir brauchen Kombikraftwerke, die verschiedene erzeugte Energiearten koppeln. Sie sind ein Baustein dafür, und dafür sollte es im Erneuerbare-Energien-Gesetz eigentlich einen Bonus geben, aber das hat die CDU ja gekippt.

Herr McAllister, Sie haben sogenannte Smart Grids angesprochen. Es ist im Grundsatz erfreulich, dass Sie sich darüber Gedanken machen.

(Minister Jörg Bode: Ich habe gestern eine Rede dazu gehalten!)

Mit diesen Smart Grids werden Energieerzeugung und Energieverteilung intelligent geregelt. Das ist ein weiterer Baustein der dezentralen Energieversorgung. Sie haben das zwar erwähnt, aber Sie haben nicht gesagt, was Sie konkret dafür tun wollen. Das ist eine der großen Lücken in Ihrer Erklärung. Das kommt eben nicht alles von selbst. Sie können nicht warten, bis der

Markt das regelt. Das braucht auch steuernde, fördernde, ordnungspolitische Entscheidungen. Dazu habe ich von Ihnen nichts gehört.

(Beifall bei der LINKEN - Minister Jörg Bode: Das ist völliger Unsinn!)

Dabei wäre das gar nicht so schwer; denn Sie hätten sicherlich eine große Akzeptanz dabei, den Menschen zu erklären, dass sie ihre Wäsche vielleicht nicht unbedingt tagsüber waschen müssen, sondern, entsprechend intelligent gesteuert, auch nachts ihre Waschmaschinen laufen lassen können. Insofern sollte das doch eigentlich gar kein Hindernis für Sie sein.

(Zuruf von der CDU: Hängen Sie denn nachts Ihre Wäsche auf?)

- Fürs Wäscheaufhängen braucht man, bitte schön, keinen Strom. Es geht ums Wäschewaschen.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU: Aber ich muss die Wäsche doch anschließend aufhängen, nachdem ich sie gewaschen habe! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich rede jetzt mal nicht mehr über diesen unqualifizierten Zwischenruf, sondern über den Photovoltaikbereich. Da haben Sie die Warnungen der Linken in den Wind geschlagen und haben den Markt durch Absenkung der Vergütung erdrosselt; das muss man so sagen. Jetzt haben Sie zwar eine Rücknahme der Kürzungen angekündigt, aber ich sage Ihnen: Da hätten Sie doch mal besser gleich auf die Linke gehört!

(Beifall bei der LINKEN)

Dann haben Sie im Zusammenhang mit Biogas von maisreichen Regionen gesprochen. Diesen Begriff haben Sie verwendet, als sei es gottgegeben, welche Regionen in Deutschland maisreich sind. Das waren Ihre politischen Entscheidungen. Sie haben das gefördert, Sie haben das gewollt, Sie haben das genehmigt, Sie haben das unterstützt, Sie haben verursacht, dass manche Regionen hier so maisreich sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Unter Naturschutzaspekten, unter Artenschutzaspekten und auch unter Aspekten des Flächenverbrauchs, wobei es zu massiven Verschiebungen von Pachthöhen kommt, was bis in die Dritte Welt hinein mit Hungerfolgen für arme Menschen negative Konsequenzen hat, ist das einfach eine falsche Entscheidung, eine falsche Politik, die Sie da betreiben.

(Björn Thümler [CDU]: Das hat Rot-Grün auf den Weg gebracht! Das war Rot-Grün!)

Wir erwarten, dass Sie da umsteuern, Herr McAllister. Wir erwarten, dass Sie da andere Wege gehen. Für das, was in Biogasanlagen entsprechend verwendet werden kann, gibt es auch Alternativen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen in der Energiepolitik flächendeckende Ansätze statt populistische sogenannte Leuchttürme. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf unseren Antrag zum

Stoffstrommanagement. Dies ist ein gutes Beispiel für flächendeckende Ansätze. Sie haben die Möglichkeit, diesem Antrag hier im Parlament zuzustimmen. Das erwarte ich auch von Ihnen.

Was den Bereich Forschung angeht, haben Sie gesagt, da muss weiter geforscht werden, und zwar für Speichertechnologien, für alternative Technologien. Das alles ist insoweit richtig. Was wir dafür brauchen, ist aber doch ein abgestimmtes bundesweites Konzept, nach dem dann, auf die Länder verteilt, koordiniert und miteinander abgestimmt, geforscht wird und nicht so, wie jetzt der Flickenteppich da nun mal aussieht.

(Beifall bei der LINKEN)

Und wo wir beim Thema Forschung sind: Immer noch werden über den Euratom-Vertrag, bei dem Deutschland Mitunterzeichner ist, massive Mengen von Geld in Atomenergieforschung gesteckt. Wir erwarten, dass Sie das abstellen und dass Sie entweder dafür sorgen, dass Deutschland aus dem Vertrag austritt, oder dass Sie sich dafür einsetzen, dass zumindest einmal die Zielsetzungen dieses Vertrags geändert werden.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Das ist doch Unfug! Das ist doch Unsinn!)

Was die Speichertechnologien, die Sie angesprochen haben, angeht, so handelt es sich um ein wichtiges Thema. Das ist erforderlich, damit wir auch zu einer Grundlastfähigkeit im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien kommen, also noch mehr, als es bisher der Fall ist. Die Ideen, die Ansätze, die Methoden dafür gibt es durchaus schon; allerdings sind sie noch nicht industriereif ausgearbeitet. Aber ich frage Sie: Was tun Sie an dieser Stelle?

Sie warten darauf, dass der Markt das regelt. Aber wohlklingende Worte reichen hier nicht. Wir erwarten von Ihnen konkrete Vorschläge, was da passieren soll. Die haben Sie bisher nicht gemacht.

Ich will noch einmal auf den Bereich Netze eingehen. Jetzt werden Atomkraftwerke abgeschaltet. Durch die breiter gestreute Energieerzeugung ist weniger Energie über weite Strecken zu transportieren. Dadurch werden Netzkapazitäten frei. Das unterschlagen Sie in Ihren Berechnungen, das beziehen Sie nicht in Ihre Abschätzung ein, wie viel zusätzliche Leitungen benötigt werden. Auch weitere Bedingungen und Berechnungen lassen Sie außen vor. So entsteht das Horrorszenario, dass Deutschland bald mit Höchstspannungsleitungen vollgepflastert ist. So schlimm muss es nicht kommen, wenn Sie ein vernünftiges dezentrales Energieerzeugungskonzept anstreben. Dazu hätten Sie unsere volle Unterstützung. Bisher konnte ich das Ihren Reden aber nicht entnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Vermutung ist: Sie schüren dieses Szenario und rechnen die Kosten hoch bzw. nicht so weit herunter, wie Sie könnten, um die entsprechenden Bürgerinitiativen mundtot machen zu können - Sie äußern das recht klar -, damit sie den Mund halten und Sie nicht weiter beim Regieren stören.

(Klaus Krumfuß [CDU]: Meine Güte!)

Zu einer fairen Verteilung der erneuerbaren Energien, z. B. zur Windenergie, ist zu sagen: Eine dezentrale Energieerzeugung reduziert die Notwendigkeit von Leitungen, die über Land gehen. Das ist eine Maßnahme zur Minimierung auf der Höchstspannungsebene. Klar sein muss auch: Die notwendigen neuen Leitungen müssen unterirdisch verlegt werden; da muss auf HGÜ-Technik zurückgegriffen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr McAllister, ich erwarte von Ihnen, dass Sie die Kommunen, die fordern, dass diese Leitungen unterirdisch verlegt werden, unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen eine Effizienzrevolution. Wir brauchen Kraft-Wärme-Kopplung. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass in Dänemark 50 % des Stroms in Kraft-Wärme-Kopplungskraftwerken erzeugt werden und Dänemark kein einziges AKW hat. Deutschland erzeugt nur 10 % seines Stroms mit solchen Kraft-Wärme-Kopplungskraftwerken. Warum ist Deutschland da eigentlich so viel schlechter als das kleine Dänemark?

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen eine intelligente Laststeuerung. Wir brauchen eine Verschiebung der Starkverbräuche aus der Lastspitze heraus. Auch da stelle ich die Frage: Herr McAllister, was tun Sie dafür? - Ich habe dazu von Ihnen nichts gehört.

Ihre Bundesregierung hat Milliarden in die Abwrackprämie gesteckt. Eine gute, faire Energiewende mit gezielter Förderung einer effizienten Energiesteuerung und intelligenter Verbrauchssteuerung, parallel zu einem schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie, wäre ein Konjunkturprogramm, das wäre eine echte wirtschaftliche Chance, besonders für kleine und mittlere Unternehmen. Dadurch würden sehr viele Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie kündigen ein neues Energiekonzept für Niedersachsen an. Das hatten wir doch schon. Ich glaube Ihnen und Ihrer Bundesregierung erst, wenn ich Ihre Taten sehe. Das Vertrauen der Menschen haben Sie längst verspielt, spätestens mit der Laufzeitverlängerung. Auch von Ihrer niedersächsischen Regierungskommission für erneuerbare Energien hören wir seit zwei Jahren kein konkretes Ergebnis.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir haben gesehen, wie schnell schwarz-gelbe Regierungen unter dem Druck der großen Vier mal eben eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten beschließen. Deshalb gehört der Atomausstieg, wie von den Linken gefordert, im Grundgesetz verankert. Das senkt zumindest das Risiko solcher Kehrtwende-, Umdreh-, Abkehr-, Unfall-, Abschwächungs- und Rückdrehungskapriolen, wie wir sie hier erlebt haben.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)